Ruf und Echo

Von Nachbarschaft zu Nachbarschaft

Nummer 6 | Hannover, Juni 1953 | 4. Jahrgang

Im Urteil der Zukunft

In jedem Berufsstand gibt es den Kampf um das Ethos. Wenn es sich dabei auch oft nur um das Bemühen kleiner Gruppen handelt, die sich gegen eine im übrigen stark vertretene materialistische Denkweise zu behaupten haben, so ändert das nichts an der Tatsache, daß das Gewissen in den Berufsständen noch wach und erkennbar ist. Im Berufsstand unserer Politiker ist davon indessen kaum noch etwas zu spüren. Hier herrscht das Gesetz der Taktik ohne Ethos. Hatte uns erst kürzlich die Komödie im Bundesrat bei der Entscheidung über die Verträge eine unverhüllte Darstellung dieser Tatsache gebracht, so erleben wir jetzt eine weitere in dem parteipolitischen Streit um das Wahlgesetz, das für die kommende Bundestagswahl gelten soll. In den Vorschlägen und Gegenvorschlägen, in den Anklagen und Gegenanklagen, in den vielen gegenseitigen Unterstellungen hinsichtlich der Motive der Parteiwünsche kommt klar zum Ausdruck, daß der Handel um zweckbedingte Positionen geht. Die Prüflinge, denen wir Wähler demnächst wieder einmal die Zensuren zu erteilen haben, kämpfen um eine Prüfungsordnung, die ihnen von vornherein auf technisch-organisatorischem Wege die Sicherheit geben soll, mit Vorteil aus der Prüfung hervorzugehen.

Der Vorwurf gegen die Politiker

Stellen wir uns einmal vor, daß es gelänge, dem deutschen Volke eine demokratische Lebensordnung im Sinne nachbarschaftlicher Vorstellungen zu geben, in der es zu einer besonnenen, kritischen und selbstbewußten politischen Haltung etwa nach Art der Schweizer kommen würde. Sicher ist, daß die öffentliche Meinung dann über die Wahlmethoden von heute etwa so urteilen würde, wie wir es auf dem Gebiete des Rechts oder der Medizin tun, wenn wir von „mittelalterlichen" und „barbarischen" Methoden sprechen. Wenn es einmal gelungen sein wird, die Herrschaft gelenkter und erzwungener Massenvorstellungen auszuschalten, und wenn einmal ein urteils- und verantwortungsfähiges Volk das politische Leben bestimmt, dann wird die meisten politisch Verantwortlichen unserer Zeit ein vernichtendes Urteil treffen. Man wird sagen: Ihr habt von der großen Krankheit eurer Zeit gewußt, aber ihr habt nichts gegen sie unternommen. Ihr selber habt bis zum Überdruß von der „Vermassung" als der großen Seuche gesprochen, die das gesellschaftliche Leben in Frage stellt. Eure politischen Sonntagsreden endeten mit dem Appell an die Massen, der Vermassung zu entsagen. Bedeutende Wissenschaftler eurer Epoche, Psychologen, Mediziner, Philosophen und Staatsrechtler, haben das Wesen der Vermassungserscheinungen analysiert und erläutert. Politischen Minderheiten, die die Seuche in ihrer gefährlichen Bedeutung rechtzeitig erkannt haben, habt ihr die Hilfe und die Mitarbeit versagt, die ihr ihnen hättet geben müssen. Es hat nicht an Alarmrufen, an dringlichen Hinweisen darauf gefehlt, daß der Mensch in Gefahr sei, seine Freiheit, seine Würde, seine Glaubensfähigkeit zu verlieren. Ihr habt allen Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung, allen Protesten und Wünschen der Einsichtigen zum Trotz nichts getan, um der politischen Krankheit eurer Zeit entgegenzuwirken. Wo sich sonst die geringste Gefahr einer Seuche zeigte, habt ihr die besten Ärzte und Forscher bemüht, habt ihnen Institute zur Verfügung gestellt und kein Mittel gescheut, um die wirksamste Methode der Bekämpfung zu finden. Aber die geistige Seuche, die nach dem Gemeinwesen griff und die Heranbildung der unerläßlichen Lebensgrundlagen für die Demokratie verhinderte, habt ihr wüten lassen. Schlimmer noch, ihr habt euch durch diese Seuche selber am Leben erhalten. So habt ihr ihr Nahrung gegeben, soweit euch das dienlich war, und habt im übrigen die Kunst geübt, sie nur so weit einzudämmen, daß sie nicht zu einer Vernichtung des Staatssystems führte, dem ihr euren Einfluß verdanktet.

Die Tagespolitik war der Tummelplatz eurer Gedanken und Handlungen, und nichts ist von euch geblieben, was man als Hinweis darauf bewerten könnte, daß ihr einen Sinn für die großen politischen Notwendigkeiten eurer Zeit besessen hättet.

Die Frage an uns

Aber das Urteil der Zukunft wird sich auch mit denen beschäftigen, die den Sinn für die Notwendigkeit des Wandels bewiesen haben. Sie haben sich vor der viel tiefer dringenden Frage zu bewähren: Habt ihr zu dem Wandel alles beigetragen, was in euren Kräften stand? Habt ihr aus euren Erkenntnissen die Folgerungen gezogen, habt ihr ihre Verwirklichung mit der Hingabe betrieben, die nötig ist, wenn sich neue Gedanken gegen den Widerstand und die Verständnislosigkeit derer durchsetzen sollen, die die Macht in der Hand haben?

Diese Frage wird sich insbesondere auf uns Verfechter des Nachbarschaftsgedankens beziehen. Wie kaum ein anderer Kreis von Menschen sind wir verpflichtet, uns dieser Frage schon jetzt immer wieder zu stellen und sie als Ansporn auf uns wirken zu lassen. O. E.

Die diesjährige Bundestagung der Nachbarschaften findet am 12. und 13. September in Bad Harzburg statt.

Der Städtering der Nachbarschaften bittet uns, die Nachbarschaften des Bundesgebietes auf dieses Treffen hinzuweisen und ihnen zu empfehlen, rechtzeitig entsprechende Vorbereitungen zu treffen, damit die Tagung von möglichst vielen ihrer Vertreter besucht wird. Einzelheiten über den Ablauf der Tagung wird der Städtering noch rechtzeitig mitteilen.

Letzte Meldungen

Die Arbeitsgemeinschaft der Nachbarschaften zwischen Harz und Heide tagte für den Bereich Nordharz am 31. Mai in Bad Harzburg. U. a. wurde die Bundestagswahl behandelt. Die anwesenden Nachbarschaftsvorsteher waren sich einig in der Auffassung, daß sich die Nachbarschaften während des Wahlkampfes strengster Neutralität zu befleißigen haben. Von der Vorstellung der Kandidaten, wie sie bei den Kommunalwahlen üblich war, soll aus naheliegenden praktischen Gründen abgesehen werden.

*

In Bremen wurde eine neue Nachbarschaft im „Vorderen Bürgerparkviertel" gegründet. Ihr Sprecher wurde Clemens Müller-Schiedmayer.

An Stelle des nach außerhalb verzogenen Dr. Bunning wurde Karl Thiede zum Hauptsprecher der Arbeitsgemeinschaft Bremer Nachbarschaften gewählt.

*

In Freiburg i. Br. sprach Professor Gasser (Basel) vor dem Freundeskreis der Nachbarschaften über das Wesen der Demokratie.

*

In Goslar wurde die Nachbarschaft „Jürgen Ohl" ins Leben gerufen.

*

In Hamburg fand am 7. Juni eine Tagung der Nachbarschaftsvorsteher und der Freunde des Nachbarschaftsgedankens des Hamburger Gebietes statt, in deren Mittelpunkt ein Referat von Herbert Krebs stand.

In Hameln gab es überfüllte Nachbarschaftsversammlungen, in denen sich die Bevölkerung mit der von der Stadt angeregten Verlegung des Wochenmarktes beschäftigte.

*

Am 14. Juni tagten die Nachbarschaftsvorsteher des Braunschweiger Gebietes in Wolfenbüttel. Hinsichtlich der bevorstehenden Wahl kamen sie zu ähnlichen Auffassungen, wie sie eine Woche zuvor in Harzburg zum Ausdruck gekommen waren.

Herbert Krebs zum Geburtstag von „Ruf und Echo"

Der Vorsitzende des Städteringes der Nachbarschaften, Herbert Krebs, schrieb uns folgenden Brief:

Holzminden, den 12. Juni 1953
Einbecker Straße 27

Liebe Freunde!

Vor mir liegt die Nr. 1 Ihrer Zeitschrift „Ruf und Echo" vom Juni 1950. Sie erinnert mich daran, daß sich in diesem Monat zum 3. Male der Tag jährt, an dem „Ruf und Echo" erstmalig ins Land hinausging, um im Laufe der Jahre zu einem immer treuen Wegbegleiter jener Menschen zu werden, die es sich zur persönlichen Aufgabe gemacht hatten, ihre Städte nachbarschaftlich zu gliedern. Im Kopf Ihrer ersten Nummer brachten Sie damals unter dem Titel: „Was wir wollen?" ein Zitat aus „Wille und Schicksal" von Dietrich Kärner:

„Idealisten im volklichen Leben sind wie Apostel, deren Wille und Eifer vor keinem Schicksal zurückschrecken darf. Sie müssen das einmal für Recht Erkannte ohne Rücksicht darauf verfechten, wieviel Klagen dessentwegen gegen sie erhoben werden.

Nicht die Fülle der Enttäuschungen und Auseinandersetzungen, die ihnen im Verlaufe ihres Wirkens ersprießen, sprechen das Urteil über ihre Weisheit im Umgang mit Menschen und der Erkenntnis ihrer Werte, sondern die Saat, die sie ausstreuen und die in den Herzen ihrer Mitmenschen Wurzel schlägt."

Dieser Ausspruch eines Mannes, der das, was er hier niederschrieb, selber bis zur bitteren Neige vorgelebt hat, gilt auch heute noch und ist geeignet, den Pionieren des Nachbarschaftsgedankens auch weiterhin Ansporn und Deutung ihrer selbst übernommenen Aufgabe zu sein.

Wenn wir bei unserer Arbeit immer und immer wieder nach Schriften gefragt wurden, die unser Anliegen erläutern sollten, so war es in erster Linie das Blatt „Ruf und Echo", auf das wir stets verweisen konnten.

„Ruf und Echo" hat auf diese Weise sehr dazu beigetragen, unser Beginnen zu erleichtern und mit sicherem Blick auf das Wesentliche hinzuweisen. Die Zeitschrift stand uns wie ein treuer Freund und Berater während der drei Jahre ständig zur Seite. Für diese Hilfe, die wir dem selbstlosen Wirken der Arbeitsgemeinschaft „Ruf und Echo" verdanken, möchte ich ihr anläßlich des Geburtstages herzlich Dank sagen.

Bei solcher Bewertung der Zeitschrift konnte ich auch, als Anfang dieses Jahres die Bitte an mich erging, die Verantwortung für sie persönlich zu übernehmen, diesem Wunsch bedenkenlos Rechnung tragen; denn obgleich es auch heute noch so ist, daß „Ruf und Echo" unabhängig in der Nachbarschaftsbewegung steht, so hat sich inzwischen doch erwiesen, daß diese Zeitschrift und die Nachbarschaftsbewegung zusammengehören, weil ihr Anliegen sich aus gleichen Quellen speist.

Wie unser Weg in der Vergangenheit der gleiche war, so hoffe ich am Geburtstag Ihrer Zeitschrift, daß sich darin auch in Zukunft nichts ändern möchte.

Mit nachbarlichen Grüßen

Ihr
Herbert Krebs.

In neuer Gestalt

Jetzt: „Partnerschaft" von Friedrich Oetinger

In der vorigen Nummer haben wir das Buch „Wendepunkt der politischen Erziehung" von Friedrich Oetinger besprochen. Wir wurden nun darauf aufmerksam gemacht, daß Oetinger das Buch, das übrigens längst vergriffen war, neu gefaßt habe. So ist vor ganz kurzem an Stelle einer zweiten Auflage des „Wendepunktes" das Buch „Partnerschaft" erschienen, mit dem Untertitel: „Die Aufgabe der politischen Erziehung", wieder im J. B. Metzlerschen Verlag, Stuttgart. Das neue Buch ist das Ergebnis der Auseinandersetzung des Verfassers mit sich selbst und mit den vielen, die zu dem „Wendepunkt" etwas gesagt haben. So hat es sich in manchem gewandelt, wenn es sich auch im Grunde gleich geblieben ist. Einige uns besonders angehende Punkte mögen herausgegriffen werden.

Der Verfasser spricht diesmal in einer Anmerkung von den Nachbarschaften: „Besonders hingewiesen sei auf die aus der Mahraunschen Ideologie hervorgegangene, seit Kriegsende aber ganz auf das konkrete Gemeindeleben gerichtete Bewegung der ‚Nachbarschaften', in denen viel echter Partnergeist am Werke ist." Wenn wir den Verfasser recht verstehen, so will er mit seinem „aber" sagen, daß die Nachbarschaften gegenüber den ursprünglichen Absichten ihres Inspirators ihre Ziele zurückgesteckt haben. Sie mögen zu dieser Vermutung aus ihrer Anfangssituation heraus zuweilen Veranlassung geben. Doch möchten sie lieber entsprechend dem von Oetinger angeführten Satz des Bischofs Berggrav gesehen werden: „Nur durch eine systematische Belebung von Freiheit und Verantwortung, individuell und in natürlichen Gruppen, kann die Gemeinschaft die Autorität erwecken, die durch eine spontane Äußerung des Volkswillens zum Rückgrat des Staates wird. Der Staat muß dezentralisierte Autoritätsglieder, natürliche Auffüllbecken für Autorität haben!"

Oetinger meint, um dieser eigentlich tragenden Autorität willen solle die Regierung den Kleingemeinschaften vertrauensvoll entgegenkommen. Das ist gewiß richtig. Eine andere Frage ist, ob man ihm darin zustimmen soll, daß „die Gliederung unserer Massengesellschaft in überschaubare und erlebbare sinnvolle Einheiten die vordringlichste Aufgabe ist, welche die Politik in Angriff nehmen muß, um der Partnerschaft die Wege zu ebnen." Die Politik des heutigen Systems, die Oetinger meint, – ist sie überhaupt in der Lage, eine solche Gliederung zu versuchen, ohne auf das Mißtrauen und damit auf den Widerstand des Volkes zu stoßen, geschehe der Versuch nun im betrieblichen oder im räumlichen Bereich? Erlebbar und sinnvoll: weil diese Attribute zu fordern sind, können die Einheiten wohl nur w e r d e n, nicht gemacht werden.

Ein anderer Punkt ist dieser: In unserem ersten Bericht stellten wir fest, daß Oetinger die Partnerschaft lieber „Genossenschaft" nennen würde. In seinem neuen Buch hat er diese Ansicht aufgegeben. Weder im Begriff noch in der Geschichte der Genossenschaft liege ein zwingender Hinweis auf „die pragmatische Atmosphäre der Partnerschaft": daß Vertrauen nämlich, daß wahre und gute Lösungen im sozialen Leben überhaupt nicht so zustandekommen, daß man sie irgendwo „abholt", wo sie fertig für uns bereit liegen, sondern daß sich Wahrheit im Prozeß des kooperierenden Handelns selbst herausschafft. Der Schwerpunkt der Genossenschaftsidee liege vielmehr auf der Seite der sozialen Solidarität und der Selbsthilfe. Dem geschichtlichen Bedenken, daß die Genossenschaft durch Marxismus und Nationalsozialismus in Mißkredit gekommen sei, fügt er einige andere geschichtliche Bedenken hinzu, um zu dem Schluß zu kommen: „Genossenschaft ist weniger als Partnerschaft."

Bei dieser so eingehenden Ablehnung des Genossenschaftsbegriffes für das Gewollte drängt sich der Hinweis auf, daß der Begriff der Partnerschaft, in Deutschland jedenfalls, auch nicht unbelastet ist. Zunächst einmal bezeichnet ihn ein Fremdwort, eines, das, wie das Wort „Partei", von dem lateinischen „pars" = „Teil" abgeleitet ist. So pflegen wir an Stelle von „Partnerschaft" „Teilhaberschaft" zu sagen. Der Begriff spielt im kaufmännischen Leben seine Hauptrolle, und von daher ist er mehr mit dem egoistischen Gewinnstreben des einzelnen Geschäftspartners beladen, als mit dem Streben nach einem gemeinsamen Erfolg. Der „Vertragspartner" ruft in uns sofort die Vorstellung zweier Gegner hervor, wir nennen sie auch „Vertragsgegner", wenn wir um die Verdeutschung bemüht sind. Von einem Miteinander ist jedenfalls nicht die Rede. Auch im Sport findet sich der „Partner", auch dort geht es gewöhnlich um das kämpferische Gegeneinander, darum, den anderen bei aller sportlichen Haltung zu übertrumpfen, etwa im Tennisspiel. Nur da, wo der Sport wesensgemäß nur eine Gemeinschaftsleistung zuläßt, hat der Partnerbegriff den von Oetinger gemeinten Sinn, etwa beim Segeln. Selbst beim „Tanzpartner" hat der Begriff mehr den Gefühlswert „Ich und Du" als „Wir". Und das gilt auch vom „Ehepartner".

Wenn wir so abwägen, was für und gegen die „Partnerschaft" und für und gegen die „Genossenschaft" spricht, so möchten wir meinen, daß Oetingers und unser Bestreben unter dem Begriff „Genossenschaft" doch besser aufgehoben wäre. Mit ihm verbindet sich trotz allem Mißbrauch doch noch das Gefühl des Miteinander, des Ineinander. Erinnert sei an Goethes „Genießen macht gemein", wenn darin auch für unseren Sprachgebrauch nur e i n e Seite des Genossenschaftlichen gefaßt ist. Wie aber wäre es mit dem Worte „Nachbarschaft"? Seine Belastung durch Klatsch und Tratsch ist gering. Weshalb sollte es sich nicht vom Räumlichen her auf alles mit „Partnerschaft" Gemeinte ausdehnen lassen?

Nun, vielleicht steuern wir mit all diesen Überlegungen ein wenig zu der Arbeit des Verfassers bei, die ihrem Wesen nach kein Ende haben wird, so lange die Partnerschaft nicht Wirklichkeit ist. Mit dem letzten Stand dieser Arbeit aber sollten sich alle unsere Freunde vertraut machen. g. w.

Auf die Füße kommt unsere Zeit erst wieder, wenn sie sich beibringen läßt, daß ihr Heil nicht in Maßnahmen, sondern in neuen Gesinnungen besteht. Albert Schweitzer

Blick in die Presse

Die **„Schaumburger Zeitung / Obernkirchener Anzeiger"** bringt unter der Überschrift „Ein neuer Versuch zur Nachbarschaft?" — Der erste Weg verlief im Sande — Erfolge wären nicht ausgeblieben" den Bericht darüber, wie eine Nachbarschaft hoffnungsvoll begann, aber durch un-nachbarschaftliches Verhalten zugrundeging, wie das aber den Mut zu neuem Beginn nicht gebrochen hat:

„Es ist jetzt etwas mehr als ein Jahr her, seit in Hess. Oldendorf die erste Nachbarschaft ins Leben gerufen wurde. Man nannte sie Nachbarschaft ‚West' und wollte in ihr alle Einwohner des westlichen Stadtteiles von der Welseder Straße bis zur Siedlung zusammenschließen. Dieser Versuch gelang auch. Anfangs war man allgemein erfreut darüber, daß nun endlich auch einmal ein Stadtgebiet sich zu rühren begann, das bisher nach der Meinung der Eingesessenen stiefmütterlich behandelt worden war. Lang war die Liste der Forderungen, Wünsche und Klagen, die man der Stadt vorlegen wollte, um überhaupt eine Besserung der Verhältnisse zu erreichen. Man wählte also einen Vorsitzenden, schuf das Amt der Vertrauensleute und legte los. Es dauerte zwar einige Wochen, bevor der erste Vorstoß in die heiligen Hallen des Rathauses gewagt wurde, doch dann klappte es plötzlich besser, als man jemals angenommen hatte.

„Der Grund dazu mag heute wohl nur noch wenigen einleuchten. Aber es war schon so, daß vom Rat und auch von der Verwaltung die Existenz der Nachbarschaft, als freiwilliger Zusammenschluß zahlreicher Einwohner, nicht mehr übergangen werden konnte. Man hörte sich also die Wünsche an und handelte auch danach. Zuerst ging es um die Verbesserung der Kanalisation in der Feldstraße. Es waren erhebliche Mittel, die die Stadt dafür aufbringen mußte. Sie war aber bereit, die Verbesserungen durchführen zu lassen. Die Arbeiten waren vergeben und der Termin festgelegt, als plötzlich der erste Querschuß innerhalb der Nachbarschaft abgefeuert wurde. Einige Anlieger erhoben bei der Stadt Einspruch gegen die Durchführung der Arbeiten, weil sie die Kosten für die geringe Hausanschlußänderung nicht tragen wollten. Das zeugte allerdings wenig von nachbarlicher Zusammenarbeit, und die Stadt blies die Arbeiten ab. Es war also offensichtlich doch nicht sehr viel Einigkeit bei den Einwohnern festzustellen.

„Doch auch der zweite Versuch, zu einer Verbesserung zu kommen, schlug fehl. Nach langen Bemühungen ließ sich die Post von der Notwendigkeit eines Fernsprechanschlusses in der Feldstraße überzeugen. Was von allen Seiten gefordert wurde, sollte also verwirklicht werden. Doch wiederum wurde quergeschossen. Niemand der Einwohner wollte die notwendige öffentliche Fernsprechstelle übernehmen. So wurde also auch Plan Nr. 2 nicht verwirklicht. Das war dann das Ende der einst so vielversprechend begonnenen Nachbarschaft. Sang- und klanglos traten der Vorsitzende und die Vertrauensleute zurück, weil sie nicht gewillt waren, für eine Nachbarschaft zu arbeiten, bei der das wichtigste, die Auffassung von der nachbarlichen Gemeinschaft, fehlte.

„Es ist also still um die Nachbarschaft geworden, und doch werden hier und dort erneut Gedanken um die Bildung einer neuen Nachbarschaft auf größerem Gebiet gesponnen. Einige Freunde der Nachbarschaften im Stadtgebiet haben seit langem die Absicht, alle Einwohner westlich des Mühlenbaches zu einer Nachbarschaft ‚West' zusammenzuschließen. Sie berufen sich dabei nicht zu Unrecht auf die guten Erfahrungen, die man mit dieser Einrichtung überall dort gemacht hat, wo wirkliche Gemeinschaft über persönlichen Interessen gestanden hat. Die Vorbereitungen sind in aller Stille angelaufen.

„Der Anfang des Nachbarschaftswesens ist in Hess. Oldendorf also gemacht worden. Es muß nach den wenig erfreulichen ersten Versuchen abgewartet werden, wie sich der Vorstand zusammensetzt und ob die Besucher dieses Stadtteiles gewillt sind, ihre Privatinteressen zugunsten ihres Nachbarn auch einmal zurückzustellen. Werden diese Klippen überwunden, wird die neue Nachbarschaft den Weg zu einer erfreulichen Zusammenarbeit gehen können."

In der **„Goslarer Zeitung"** finden wir einige Berichte über Nachbarschaftsversammlungen, denen wir einige Absätze entnehmen. Zu der Angelegenheit der Besatzungsverdrängten heißt es: „... Die Initiative der Nachbarschaften wurde als Ergänzung zu den Bemühungen der Stadt ganz besonders begrüßt, und die Sprecher wurden beauftragt, weiterhin alles zu versuchen, um diesen Notstand zu mildern. Durch die Weiterentwicklung der politischen Gegebenheiten soll-

Fortsetzung Seite 4

Was sagt der Nachbar?

Die Souveränität des Wählers

In unserer Parteien-Demokratie hat sich die Unsitte herausgebildet, von Diskussionsrednern in Parteiversammlungen vorweg die Angabe ihrer Parteizugehörigkeit zu verlangen. Dies mag zum rascheren Verständnis von Parteisprechern wohl gelegentlich praktisch sein, erschwert aber die Aussprache und die Verständigung von Mensch zu Mensch. Denn durch das erzwungene Vorweg-Bekenntnis zu einer bestimmten Partei wird der Redner auf deren bekannte Gedanken so weit festgelegt, daß er meist nur noch als deren Sprachrohr erscheint und kaum Raum behält, mal eine abweichende persönliche Ansicht zu äußern. Dadurch wird also das Denken in Parteischablonen gefördert und damit das Funktionärsunwesen auf Kosten unmittelbarer, freier Menschlichkeit.

Vorerst gibt es in den Parteien, — so möchte ich zu ihrer Ehre jedenfalls annehmen —, immerhin noch viele selbständige Köpfe, die sich keineswegs als bloße Funktionäre fühlen und gerade durch ihre eigenen Gedanken auch ihrer Partei helfen möchten. Wenn einer von ihnen aus seinen ganz persönlichen Erfahrungen und Erkenntnissen heraus einmal zeigen will, wie er nun ausgerechnet zu seiner Partei gefunden hat, dann dürfte er den Zwang, sein Parteibekenntnis vorwegzuschicken, nicht selten als lästig und störend empfinden. Denn er verschließt sich dadurch von vornherein manche Ohren.

Andere Ohren wieder verschließen sich, sobald ein „Parteiloser" sich zum Worte meldet. Denn was kann ein solcher, so meint mancher, schon zu sagen haben? In der Bezeichnung „partei l o s" liegt ja bereits von vornherein eine negative Abstempelung, ähnlich wie z. B. in den Worten „konfessionslos", „religionslos", „gottlos". Ähnlich wie die Freidenker, die in ihrer Kirchenfeindlichkeit sich früher öfter auch Gottlose genannt haben mögen, heute vielfach die Bezeichnung „Gottgläubige" vorziehen, so sucht heute mancher Parteilose, der sich von den politisch Uninteressierten distanzieren möchte, nach einem positiven Ausdruck für sein politisches Wollen. Er kann ihn, weil sein Wollen noch keine Parteiform gefunden hat oder diese gar ablehnt, nur bringen, indem er seine Gedanken entwickelt. Das Vorweg-Bekenntnis „parteilos" erschwert ihm aber, sich aus persönlichen Überlegungen für die nächste Wahl zugunsten dieser oder jener Partei auszusprechen. Warum sollte er dies nicht tun dürfen, ohne sich gleich mit dieser Partei zu identifizieren?

Mir wurde es indessen übelgenommen, daß ich unter Betonung meiner Parteilosigkeit mich aus praktischen Erwägungen für eine bestimmte Partei bei der nächsten Wahl einsetzte. Man empfand mein Auftreten offenbar als eine Art unlauterer Konkurrenz, obwohl es doch nur die Souveränität des Wählers ausdrückte, die ein jeder für sich in Anspruch nehmen sollte. Wohin sollen wir kommen, wenn in den Wahldiskussionen nur Parteivertreter miteinander streiten, ein unabhängiger Wähler aber nicht sagen dürfte, was er sich nun bei dem ganzen Kampf um die Stimmen denkt und zu welchem praktischen Ergebnis er für den Wahltag gelangt?

Mir scheint, daß gerade die Freunde der Nachbarschaften den Weg gehen sollten, unter Betonung des Vorrangs ihrer Un- oder Überparteilichkeit ruhig ihrer persönlichen Wahlentscheidung auch mal öffentlich Ausdruck zu geben. Denn nur so kann den bloßen Parteivertretern klar gemacht werden, daß der Ausgang des Rennens keineswegs von ihnen allein abhängt, sondern daß das

Fortsetzung Seite 4

Was geschieht wo?

Der Arbeitsausschuß des Städteringes der Nachbarschaften tagt am 5. Juli in B a d H a r z b u r g.

*

Es sei noch einmal auf das Zeltfest in H a m e l n am 12. Juli hingewiesen.

*

Die für U l m geplante Tagung der süddeutschen Freunde des Nachbarschaftsgedankens ist auf den Herbst verschoben worden.

Forts. v. S. 3: „Blick in die Presse"
ten sich Möglichkeiten finden lassen, durch verständnisvolle Zusammenarbeit die menschlich und sozial am härtesten Betroffenen aus ihren ärgsten Nöten zu befreien. Hierzu werden Möglichkeiten aufgezeigt." In einer anderen Nachbarschaft handelte es sich um Verkehrs- und Schulfragen: „Zunächst besprach man noch einmal den Straßendurchbruch vom Bahnhof zum Hohen Weg. Die kürzlich vertretene Ansicht von Nachbarn der Jakobikirche, die den Neuwerksgarten unangetastet erhalten wollten, fand hier nur geringe Unterstützung. Man wird sich also in naher Zukunft einmal in diesen beiden Nachbarschaften zusammensetzen müssen, um gemeinsam einen Ausweg zu finden, der möglichst vielen, wenn nicht allen Wünschen gerecht wird ...." Und: „... Die bisherige Durchführung der Prüfungen zu den weiterführenden Schulen gab Anlaß, sich damit zu beschäftigen, ob diese Frage nur Sache der Eltern sei, deren Kinder gerade im jeweiligen Jahrgang davorstünden. Es wurde die Auffassung vertreten, daß sich hier ganz besonders für eine Neuregelung die Eltern und Nachbarn einsetzen sollten, die nicht durch diese Tatsache befangen seien. Es würde dann den Schulbehörden nicht so leicht gemacht, die Eltern von Jahr zu Jahr mit den gleichen, nie eingehaltenen Versprechungen zu bescheiden .... Auf alle Fälle vertraten die Nachbarn die Ansicht, die Sache der Eltern unterstützen zu müssen ...."

Unter der Überschrift „Nachbarn wollen die Stadt aufräumen", schildert die **„Braunschweiger Zeitung"**, was bei der Vorführung der beiden Filme „Die spielende Stadt" und „Der Stein des Anstoßes" in den Nachbarschaften — sie stehen unter dem Motto: „Wenn alle helfen, blüht das Gemeinwesen" — herausgenommen ist: „Mehrere Nachbarn schlugen vor, auch in Braunschweig derartige Wege zu beschreiten. Ein ‚Stein des Anstoßes' sind heute — acht Jahre nach Kriegsende — noch immer die vielen nicht aufgeräumten und unbebauten Trümmergrundstücke. Sie stellen Schandflecke in unserem früher so schönen Stadtbild dar. Es ist bekannt, daß der Stadtsäckel leer ist, und man fragt sich, wie lange dieser Zustand noch so anhalten soll.

„Es wird vorgeschlagen, diese Trümmergrundstücke in freiwilliger Mithilfe der Nachbarn aufzuräumen, zu planieren und zu provisorischen Kinderspielplätzen herzurichten. Man will zunächst an die einzelnen Grundstückseigentümer herantreten, um ihre Einwilligung zu diesem Werk zu erbitten, dann sollen Listen von Haus zu Haus herumgegeben werden. Besonders die junge Generation wird aufgerufen, an diesem Gemeinschaftswerk mitzuhelfen. So müßte es gelingen, das Stadtbild wieder zu verschönen und gleichzeitig für unsere Jugend neue Tummelplätze zu erstellen."

Über eine Versammlung der Nachbarschaftsvertreter und -freunde in Hamburg berichtete neben dem **„Hamburger Anzeiger"** das **„Hamburger Abendblatt"**, das unter der Überschrift „Gesellschaft auf dem Dachboden" der Wiedergabe von Zweck und Zielen der Nachbarschaften folgende Betrachtung vorausschickt: „Die Bewohner eines großen Hamburger Miethauses waren kürzlich mit ihrem Hauswirt unzufrieden, weil verschiedene Mißstände nicht beseitigt wurden. Einige aktive Mieter brachten es zustande, daß die Wohnungsnachbarn sich eines Abends, mit Schemeln und Stühlen bewaffnet, zu einer Aussprache auf dem Dachboden des Hauses zusammenfanden. Von diesem Tage an wurde die ‚Nachbarschaft' durch ständigen engeren Kontakt gepflegt. Diese Mieter hatten unbewußt das getan, was die Nachbarschaftsbewegung fordert."

In dem Bericht der Lübecker **„Vaterstädtischen Blätter"** lesen wir über dieselbe Versammlung unter anderem:

„In Hamburg gab es eine interessante Aussprache mit Vertretern der FDP. Diese wandten sich gegen die von Krebs geübte Kritik an den Parteien und meinten, daß es doch nicht Schuld der Parteien, sondern des Volkes wäre, wenn dieses nicht zahlreicher mitarbeite. Die Parteien gäben sich alle Mühe, durch Versamlungen und Sprechstunden Fühlung mit dem Volke zu halten. Wenn dieses von solchen Gelegenheiten keinen Gebrauch mache, dürfe es sich über seine Auschaltung nicht beklagen. Demgegenüber wurde von Nachbarn darauf hingewiesen, daß in den Parteien nur vier Prozent der Bevölkerung organisiert wären und diese vier Prozent nicht verlangen könnten, daß die übrigen 96 Prozent zu ihnen kämen. Es müßte umgekehrt jede Partei lernen, auf die Stimme des Volkes zu hören, und abtreten, wenn sie es nicht vermöchte. Es ist nun mal Tatsache, daß der Bürger in vielen Fragen — zumal praktischer Art — nur unparteiischen Rat und Hilfe sucht und brauchen kann. Dem müssen die Parteien Rechnung tragen und in solchen Fragen die Volksmeinung dort zur Kenntnis nehmen, wo sie sich bildet."

Die **„Bremer Nachrichten"** und der **„Weser-Kurier"** berichteten laufend über die Veranstaltungen der Nachbarschaften. Einem der Berichte der zweiten Zeitung entnehmen wir:

„Die gestrige Nachbarschaftsversammlung der Westfalensiedlung in der Aula der Schule an der Stader Straße war ein echtes Volksparlament. Hier zeigte sich, wie sich eine echte Nachbarschaft zu fruchtbringender Tätigkeit zusammenfinden kann." Beide Zeitungen berichteten auch ausführlich über den Besuch Bremens durch Mr. Elliott, einen Vertreter der amerikanischen Nachbarschaften.

Forts. v. S. 3: „Was sagt der Nachbar?"
Volk auch selbst mitspricht. Es ist wirklich nicht nötig und wäre ja auch unwahrhaftig, die Vielseitigkeit der Volksauffassungen zu verstecken. Ein jeder, der — statt namens einer Partei — als Parteiloser, also als Mann und Wähler aus dem Volke spräche, müßte natürlich ehrlicherweise zugeben, daß er nicht in allem für das ganze, parteilich nicht gebundene Volk sprechen kann. Aber er wird zugleich versuchen dürfen, gewissen allgemein im Volke umlaufenden Überzeugungen Ausdruck zu geben, insbesondere hinsichtlich des von manchen Parteivertretern beanspruchten Monopols für die Parteien zur politischen Meinungs- und Willensbildung.

In der Bekämpfung dieses Monopolanspruches sollten sich alle einig sein, die es mit unserer Demokratie ehrlich meinen und deshalb dem Wähler die Souveränität erhalten wollen, insbesondere aber alle, die mit den Nachbarschaften eine Gesundung unseres politischen Lebens durch die Wiederbelebung der Beziehungen von Mensch zu Mensch erwarten.

Hans Wittmack, Lübeck

Die für das Gebiet zwischen Harz und Heide herausgegebene Monatszeitschrift **„Die Glocke"** ist nach einiger Unterbrechung im Mai wieder erschienen und kann von da ab oder von jedem späteren Monat ab zu einem vierteljährlichen Bezugspreis von 0,75 DM von ihrem Verlag, Fümmelse über Wolfenbüttel, bezogen werden.

Herausgeberin: Arbeitsgemeinschaft »Ruf und Echo« Hannover, Vahrenwalder Str. 41 -
Für den Inhalt verantwortlich: Herbert Krebs, Städtering der Nachbarschaften, Holzminden - Vierteljährlicher Bezugspreis DM —,72 einschl. Porto
Überweisungen auf Postscheckkonto Hannover Nr. 124154 - Druck: Sponholtz Druckerei und Verlagsanstalt GmbH. Hannover, Husarenstr. 38

Arbeitsgemeinschaft
"R u f und E c h o"

Hannover, den 15. Juni 1953
Vahrenwalder Straße 41
Tel. 6 22 66

Liebe Nachbarschaftsfreunde!

In diesem Monat besteht "Ruf und Echo" drei Jahre.
Aus diesem Anlass möchten wir unseren Lesern dafür danken, daß sie uns in so mannigfalter Weise ihre Treue gehalten haben. Das hat es uns ermöglicht, den Auftrag aus der Gemeinschaft der Nachbarschaftsfreunde, der uns vor drei Jahren erteilt wurde, nach Kräften zu erfüllen.
Die schweren inneren und äusseren Bedrängnisse, denen unser auseinandergerissenes Volk und zugleich die Menschen vieler anderer Völker ausgesetzt sind, weisen denen ganz besonders ernste Pflichten zu, die inmitten der chaotischen Unruhe unserer Zeit der allgemeinen Verzweiflung aus der Kraft einer neuen Idee entgegentreten können.
Diese Verpflichtung verbindet uns unausgesetzt mit unserer Lesergemeinde. Dabei findet unsere ineinanderwirkende Arbeit eine Bestätigung ihrer Bedeutung nicht etwa in der Fülle glanzvoller äusserer Machterfolge, sondern dadurch, daß die hoffnunggebende Kraft unserer Idee in die Herzen vieler neuer Menschen vordringt, deren geheime Sehnsucht längst darauf wartet. Das zukünftige Zusammenströmen der Kräfte, die in den vergangenen Jahren entstanden sind und in Zukunft hinzu kommen werden, ist die Voraussetzung dafür, daß die ablösungsreife Ordnung von heute durch eine neue ersetzt wird, der sich der Mensch mit neuem Vertrauen verbinden kann.
Wir werden nicht nachlassen, Herz und Verstand für die Idee einzusetzen, die in unserer Leserschaft wie bei uns als eine Quelle von verbindender Kraft, Wärme und Helligkeit lebendig ist.-

Mit nachbarlichen Grüssen!

Arbeitsgemeinschaft "Ruf und Echo"

Erwin Dähne Otto Eigenbrodt Ludwig Gehl
Erich Seidel Karl Thiede Walter Trobitzsch
Gertrud Wittmaack

Abs.: ....

....

(Bitte deutlich schreiben)

DRUCKSACHE

An die

Arbeitsgemeinschaft

„Ruf und Echo"

HANNOVER

Vahrenwalder Str. 41

Datum ....

Ich / wir bestelle (n) ab sofort .... Stück

„Ruf und Echo“

....

Name Vorname

....

Ort Straße und Hausnummer

Bezugspreis —,72 DM vierteljährlich einschl. Porto

Erscheinungsweise: einmal monatlich

....

Unterschrift

Für Werbezwecke empfehle ich an folgende Anschriften „Ruf und Echo“ zu senden:

1)

2)

3)

4)

5)

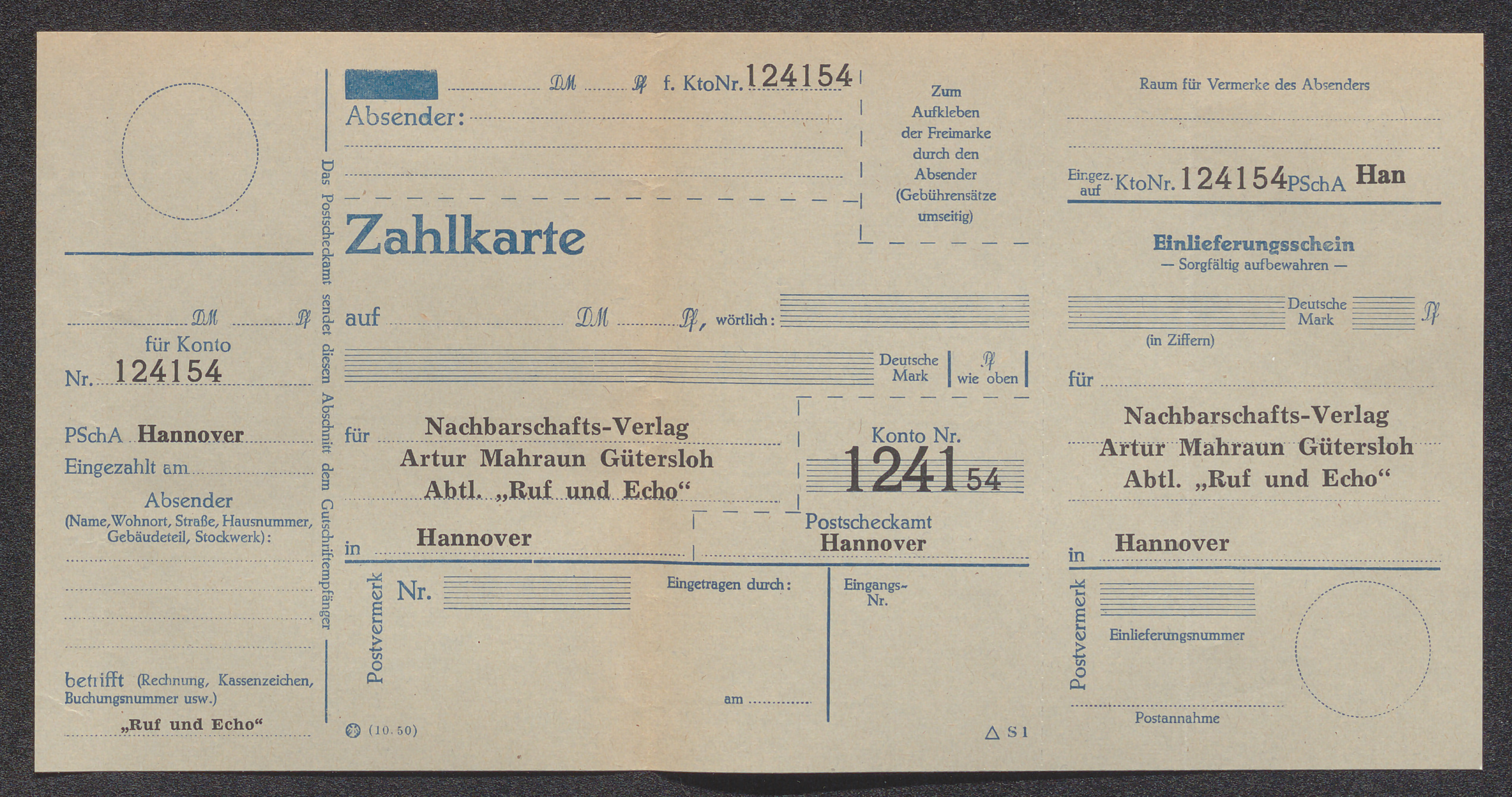
6)

7)

8)

9)

10)



DM Pf

für Konto

Nr. 124154

PSchA Hannover

Eingezahlt am

Absender

(Name, Wohnort, Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk):

betrifft (Rechnung, Kassenzeichen, Buchungsnummer usw.)

„Ruf und Echo“

Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Gutschriftempfänger

DM Pf f. KtoNr. 124154

Absender:

Zahlkarte

auf DM Pf, wörtlich:

Deutsche Mark | Pf wie oben

für Nachbarschafts-Verlag Artur Mahraun Gütersloh Abtl. „Ruf und Echo“

Konto Nr. 124154

in Hannover

Postscheckamt Hannover

Postvermerk Nr.

Eingetragen durch:

am

Eingangs-Nr.

(10.50)

△ S1

Zum Aufkleben der Freimarke durch den Absender (Gebührensätze umseitig)

Raum für Vermerke des Absenders

Eingez. auf KtoNr. 124154 PSchA Han

Einlieferungsschein

— Sorgfältig aufbewahren —

Deutsche Mark Pf

(in Ziffern)

für Nachbarschafts-Verlag Artur Mahraun Gütersloh Abtl. „Ruf und Echo“

in Hannover

Postvermerk

Einlieferungsnummer

Postannahme

Lohnt sich ein Postscheckkonto?

Überweisungen von Konto zu Konto sowie — bei Benutzung besonderer Formblätter — Einzahlungen auf das eigene Konto sind gebührenfrei.

Für Zahlkarten werden folgende Gebühren erhoben:

bis	10 DM	10 Pf	bis	1250 DM	60 Pf
»	25 »	15 »	»	1500 »	70 »
»	100 »	20 »	»	1750 »	80 »
»	250 »	25 »	»	2000 »	90 »
»	500 »	30 »	über	2000 » (unbeschränkt)	1 DM
»	750 »	40 »			
»	1000 »	50 »			

Also lohnt es sich!

Anmeldungen bei Ihrem Postamt

Abschnitt für Mitteilungen an den Empfänger

Bitte diesen für postdienstliche Zwecke bestimmten Raum nicht mit Freimarken zu bekleben

Einlieferungsschein

(nicht zu Mitteilungen für den Empfänger zu benutzen)